

# EWN

Entsorgungswerk für  
Nuklearanlagen



# Pressespiegel

21.07.2022

# Inhalt

## EWN

1   <b>Schwerin: Nord Stream 2 ist keine Option</b> <i>Ostsee-Zeitung - Rostocker Zeitung, 21.07.2022</i> .....	3
2   <b>Lubmin erwartet Gaslieferungen aus Russland</b> <i>Schweriner Volkszeitung - Zeitung für die Landeshauptstadt, 21.07.2022</i> .....	4
3   <b>Volle Kraft voraus</b> <i>DER TAGESSPIEGEL, 21.07.2022</i> .....	5
4   <b>Streit um den Streckbetrieb</b> <i>Süddeutsche Zeitung, 21.07.2022</i> .....	7

📰 Ostsee-Zeitung - Rostocker Zeitung | 21.07.2022 | S. 1

📄 Auflage: 29.017 | Reichweite: 74.194

## Schwerin: Nord Stream 2 ist keine Option

Für die Landesregierung in Schwerin ist die vom russischen Präsidenten Wladimir Putin erneut ins Spiel gebrachte Inbetriebnahme der Ostsee-Gaspipeline Nord Stream 2 keine Option. „Diese Frage stellt sich nicht. Die Bundesregierung hat Ende Februar die Zertifizierung und damit die Inbetriebnahme von Nord Stream 2 gestoppt. Die Landesregierung in Mecklenburg-Vorpommern hat diese Entscheidung unterstützt“, sagte Regierungssprecher Andreas Timm gestern.

Nach dem Beginn des russischen Angriffskrieges auf die Ukraine hatte die von Ministerpräsidentin Manuela

Schwesig (SPD) geführte Regierung in ihrer Russlandpolitik eine 180-Grad-Wende vollzogen. Die regionalen Kontakte zum vorher umworbenen Leningrader Gebiet wurden gekappt, die Serie der Russlandtage mit oft hochrangigen politischen Teilnehmern wurde beendet. Zudem dringt Schwesig auf die Auflösung der umstrittenen, maßgeblich von Nord Stream 2 finanzierten Klimaschutz-Stiftung des Landes.

Russland hat indes angekündigt, ab heute wieder über Nord Stream 1 Gas zu liefern. An der Pipeline hatten Wartungsarbeiten stattgefunden.

📰 Schweriner Volkszeitung - Zeitung für die Landeshauptstadt | 21.07.2022 | S. 01-SSN SEITE 1

📄 Auflage: 19.084 | Reichweite: 37.417

## Lubmin erwartet Gaslieferungen aus Russland

### Heute enden Wartungsarbeiten an Nord Stream 1 / Staatskanzlei in Schwerin warnt vor Panikmache

Alles schaut heute nach Lubmin: Kommt nach der Wartung Gazprom-Gas aus Russland durch die alte Röhre Nord Stream 1 aus dem Jahr 2011? Oder muss Europa über die Erpressung Wladimir Putins nachdenken, der am Rande eines Gipfels im fernen Iran auf die „fertige Trasse Nord Stream 2“ verwies, und sagte: „Die können wir in Betrieb nehmen.“

Nichts wird passieren, hofft man in der Staatskanzlei in Schwerin. Das Gas wird fließen. „Wartungen sind die normalste Sache der Welt“, heißt es. Man warnt eher vor der Panikmache der letzten Tage. „Wir haben die Entscheidung genau im Blick“, sagt Staatskanzleichef Patrick Dahlemann (SPD), „auf alles andere bereiten sich Bundes- und Landesregierung gemeinsam vor.“ Wichtig sei die Versorgungsstabilität für die Bevölkerung.

Tatsächlich deutet zum planmäßigen Ende der Wartungsarbeiten an Nord Stream 1 einiges darauf hin, dass wieder Gas aus Russland fließt. Letzte Sicherheit auch über die Menge gibt es nicht – dafür Notfallpläne aus Brüssel und die erneuten Warnungen aus Moskau.

Laut vorläufigen Daten des Netzbetreibers Gascade

sind für Donnerstag ab 6 Uhr Gaslieferungen vorgeplant. Gascade betreibt die beiden Empfangspunkte von Nord Stream 1 im vorpommerschen Lubmin. Diese Vormerkungen – sogenannte Nominierungen – seien Voraussetzung, damit nennenswerte Mengen transportiert werden können, hatte eine Gascade-Sprecherin zuvor erklärt.

Am Vortag hatten sich sowohl die Wirtschaftssprecher der CDU-Landtagsfraktionen im Osten gegen Sanktionen für russisches Erdöl ausgesprochen, als auch der Unternehmerverband Vorpommern mit Hauptgeschäftsführer Stefan Rudolph (CDU), ehemals Wirtschaftsstaatssekretär in Schwerin, für die Inbetriebnahme von Nord Stream 2 ausgesprochen. Heftige Kritik für die „Wankelmütigkeit der CDU“ kam von SPD und Bündnisgrünen.

EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen sagte unterdessen zu einem möglichen Lieferstopp: „Wir sind vorbereitet auf dieses Szenario.“ Man stehe in engem Kontakt mit allen EU-Staaten und habe Notfallpläne, Lieferungen aus anderen Ländern sicherzustellen.

 DER TAGESSPIEGEL | 21.07.2022 | S. 14

 Auflage: 98.640 | Reichweite: 351.593

 Christian Schaudwet

## Volle Kraft voraus

### Nach Wilhelmshaven und Brunsbüttel bekommen auch Lubmin und Stade neue Liegeplätze für schwimmende Flüssiggas-Terminals

**Berlin** - Die künftige Import-Infrastruktur für Flüssigerdgas (LNG) in Norddeutschland wird sortiert: Zu Wilhelmshaven und Brunsbüttel, den schon gesetzten Standorten für schwimmende Import- und Regasifizierungsterminals (FSRU), kommen zwei hinzu: Stade in Niedersachsen und Lubmin in Mecklenburg-Vorpommern. Die vier bisher vom Bund gecharterten FSRU – pro Stück kosten sie nach Branchenschätzungen zwischen 40 Millionen und 60 Millionen Dollar jährlich – sollen auf diese Anlandepunkte verteilt werden. Das Bundeswirtschaftsministerium (BMWK) rechnet mit einem Betriebsstart in Wilhelmshaven und Brunsbüttel zum Jahreswechsel, in Stade ab Ende 2023 und in Lubmin „frühestens ab Ende 2023“.

Die beiden für Stade und Lubmin vorgesehenen FSRU-Schiffe sind schon ab Mai 2023 verfügbar. Zu ihrer Verwendung in der Zeit bis zur Fertigstellung der Einspeisepunkte machte das Ministerium keine Angaben. In Lubmin will ein privates Konsortium, geleitet vom Brandenburger Unternehmen Deutsche Regas, ein zweites, nicht vom Bund mitfinanziertes FSRU in Betrieb nehmen. Das BMWK bestätigte das offenbar parallel zum staatlich finanzierten FSRU geplante Vorhaben, ohne das Unternehmen namentlich zu nennen. Lubmin ist aufgrund der geringen Tiefe des Greifswalder Boddens ein schwieriger Standort. LNG-Tanker mit ihrem großen Tiefgang müssten dort vergleichsweise weit von der Küste entfernt entladen. Die Deutsche Regas will den Rest der Strecke mit kleinen Tank Schiffen zurücklegen, die das Gas vom Tanker übernehmen und ihrem dann im Hafen liegenden FSRU bringen sollen.

Für das andere FSRU ist die Einbeziehung eines Teilstücks der Pipeline-Nord Stream 2 im Gespräch. Dies würde eine Enteignung und Abtrennung des entsprechenden Leitungsstücks erfordern. Eine Sprecherin des BMWK wies gegenüber dem Tagesspiegel aber darauf hin, das Nord Stream 2 nicht zertifiziert sei – damit stelle sich auch die Frage einer Nutzung nicht. Wirtschaftsminister Robert Habeck (Grüne) hob er-

neut die Dringlichkeit des kostspieligen Einstiegs des Bundes in den LNG-Import hervor: „Es sind viele Dinge gleichzeitig zu bewerkstelligen und Hürden zunehmen. Letztlich müssen wir ein Tempo vorlegen, das es so in Deutschland noch nicht gab.“ Er begrüßte, dass in Lubmin ein privat gechartertes FSRU die Flotte der schwimmenden Import- und Regasifizierungsanlagen auf fünf vergrößern werde. So könne man die Importmenge weiter erhöhen und die Versorgungslage verbessern.

Im Falle von Stade, wo auch ein landseitig fest installiertes LNG-Importterminal geplant wird, hatte es lange so ausgesehen, als könne der Standort bei den Überlegungen des Bundes leer ausgehen. Die Auswahl von Stade für eines der vier Bundes-FSRU lobte Niedersachsens Energieminister Olaf Lies (SPD) nun als „eine gute und richtige Entscheidung“. Niedersachsen zeige bereits in Wilhelmshaven, „dass wir Planung, Genehmigung und Bau in einem ambitionierten Zeitplan hinbekommen“. Lies wirbt bei Habeck bereits um ein weiteres FSRU für seine Heimatstadt Wilhelmshaven, womit das Bundesland auf drei Importterminals käme.

Die vier gecharterten FSRU haben nach BMWK-Angaben eine Jahreskapazität von jeweils fünf Milliarden Kubikmetern Gas, die Aufnahmekapazität der Netzanschlüsse an den Standorten werde aber unterschiedlich sein. In Wilhelmshaven können demnach von Anfang an fünf Milliarden Kubikmeter pro Jahr eingespeist werden, in Brunsbüttel anfangs 3,5 Milliarden, später fünf Milliarden.

Zu den Kapazitäten in Lubmin machte das Ministerium keine Angaben. Dort besteht mit den Anlande- und Einspeisepunkten der Pipelines Nord Stream 1 und 2 aber bereits Infrastruktur. Weiterhin sollen die bestehenden Importterminals in Rotterdam, Zeebrugge und Dünkirchen genutzt werden, über die Deutschland bereits seit Monaten LNG bekommt.

**Ein Schiff wird kommen. Vier schwimmende Terminals entstehen.**

## Streit um den Streckbetrieb

### Wie würde ein Weiterlaufen der letzten drei Atomkraftwerke technisch aussehen? Und welchen Beitrag könnten sie leisten?

Die Bedeutung der Kernkraft für die deutsche Stromversorgung hat abgenommen. Lieferten Atomkraftwerke 2011 noch 108 Milliarden Kilowattstunden (kWh), waren es zuletzt 69 Milliarden. Zugleich verdoppelte sich der Beitrag der erneuerbaren Energien annähernd auf nun 234 Milliarden Kilowattstunden.

Drei Reaktoren erzeugen in Deutschland noch Atomstrom: Isar 2, Emsland sowie Neckarwestheim 2. Sie alle sollen Ende des Jahres vom Netz gehen. Technisch betrachtet gäbe es zwei Möglichkeiten, sie länger laufen zu lassen. Im sogenannten Streckbetrieb werden die Brennstäbe im Reaktorkern so umgruppiert, dass die Kernreaktion auch über das Datum der Stilllegung hinaus aufrechterhalten wird. „Man zieht aus den vorhandenen Brennelementen noch so viel Energie wie möglich raus“, sagt Sören Kliem, Leiter der Abteilung Reaktorsicherheit am Helmholtz-Zentrum Dresden-Rossendorf.

Laut eines Prüfvermerks des Wirtschafts- sowie des Umweltministeriums vom März ließe sich der Betrieb so um bis zu 80 Tage verlängern. Allerdings müssten dazu die Reaktoren im Sommer mit gedrosselter Leistung laufen. „Insgesamt würde zwischen heute und Ende März 2023 netto nicht mehr Strom produziert.“ Eine Einschätzung, der Sören Kliem widerspricht. Die Betreiber hätten die Brennelemente so ausgelegt, dass sie bis 31. Dezember auf Volllast fahren. „Der Reaktor ist danach aber nicht leer.“ Kliem schätzt, dass ein Weiterbetrieb für etwa drei Monate bei ungefähr 80 Prozent Leistung möglich wäre.

Danach müssten neue Brennstäbe her, wenn der Betrieb statt um einige Monate gleich um mehrere Jahre verlängert werden soll. Die Bundesregierung geht davon aus, dass es ab Bestellung mindestens zwölf Monate dauern würde, bis neue Brennelemente einsatzbereit wären, eher länger. Der amerikanische Hersteller Westinghouse gab im April gegenüber Medien an, dass man auch bis Ende des Jahres liefern könne, das Zeitfenster schließe sich jedoch schnell. Bislang hat die Bundesregierung diese Option nicht weiterver-

folgt.

Zweifel an einer weiteren Verlängerung haben aber auch die Betreiber der Atomkraftwerke selbst, einzig die Planungen für die Stilllegung laufen auf Hochtouren. Für den Fall, dass der Bund einen Weiterbetrieb für nötig achtet, haben die Firmen signalisiert, dass der Staat ihnen sämtliche Verantwortung für Investitionen, Kosten, Erträge und Genehmigungen abnehmen müsste. Die Bundesregierung geriete dadurch laut den Ministerien in eine „Quasi-Eigner“-Rolle der Kraftwerke, die von den Unternehmen fortan nur noch in staatlichem Auftrag betrieben würden.

Sicherheitsaspekte sind aus Sicht der Regierung ein weiteres Gegenargument. Zwar seien die Anlagen „sicherheitstechnisch grundsätzlich auf einem hohen Niveau“, heißt es im Prüfvermerk. Allerdings wäre bei einer Laufzeitverlängerung zwingend eine umfangreiche Sicherheitsüberprüfung geboten. Die letzte derartige Überprüfung fand 2009 statt und hätte im üblichen Rhythmus 2019 wiederholt werden müssen. Das Atomgesetz machte zuletzt eine Ausnahme, da die Kraftwerke Ende 2022 ohnehin abgeschaltet werden sollten. Die Meinungen gehen auseinander, wie aufwendig eine solche Überprüfung wäre. Während die Ministerien von einem „über Jahre währenden Prozess“ sprechen, in dessen Verlauf ständig Verbesserungen umgesetzt würden, hält Kliem es für möglich, dass viele Prüfungen betriebsbegleitend erfolgen. Für die Sinnhaftigkeit einer Verlängerung ist das eine entscheidende Frage.

Doch wie gut könnten Atomreaktoren Engpässe ausgleichen? Die größten Schwierigkeiten hat Deutschland aktuell mit Erdgas. Gerade diesen Energieträger kann Atomstrom jedoch kaum ersetzen. Der größte Abnehmer für Gas ist die Industrie, die den Stoff für chemische Reaktionen, zur Metallbearbeitung oder zur Erzeugung hoher Temperaturen benötigt. Dahinter folgen Privathaushalte, die mit Gas heizen. Nur zwölf Prozent wird zur Verstromung eingesetzt. Diese lassen sich jedoch nicht unbegrenzt durch Atomkraft-

werke ersetzen, da viele Gaskraftwerke über die Fernwärmenetze auch Gebäude heizen. Die Beratungsfirma Energy Brainpool kommt zum Ergebnis, dass eine Verlängerung der AKW-Laufzeiten zu einer Einsparung von einem Prozent des Gasverbrauchs führen würde, Analysten von Enervis rechnen mit 1,2 Prozent.

In größerem Umfang dürften AKW die Stromerzeugung aus Braun- und Steinkohlekraftwerken substituieren, laut Energy Brainpool käme es auch zu einem

höheren Stromexport ins Ausland. Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung kommt in einer Studie zum Ergebnis, dass die Abschaltung im Dezember erfolgen kann, ohne die Stromversorgung zu gefährden. Vorsichtiger ist Stefan Ulreich, Professor für Energiehandel und Energiepolitik an der Hochschule Biberach. „Wenn man mehr und mehr Kapazitäten rausnimmt und die Stromnetze gleichzeitig nicht so ausbaut wie nötig, kann es sein, dass wir eine ungute Überraschung erleben.“